



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Oktober 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 453 Anfrage Wyss Josef und Mit. über Synergien der kantonalen Lebensmittellaboratorien / Gesundheits- und Sozialdepartement

Josef Wyss ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Josef Wyss: Stehen grössere Investitionen an, so ist dies immer der beste Zeitpunkt, über „make or buy“ zu entscheiden, so auch im Falle von Laborinfrastrukturen. Investitionen in diesem Bereich sind sehr hoch, und auch der Unterhalt ist immer sehr kostenintensiv. Dementsprechend braucht es für einen effizienten Betrieb eine hohe Auslastung. Das heisst, die Labors müssten aus betriebswirtschaftlicher Sicht im Schichtbetrieb arbeiten können. Das ist in den kantonalen Laboratorien heute nicht der Fall und wird es wohl auch in Zukunft nicht sein. Es ist unbestritten, dass in der Region Zentralschweiz bei der Laboranalytik Überkapazitäten bestehen, insbesondere in den kantonalen Laboratorien in Zug und demjenigen der Urschweiz in Brunnen. Diese beiden Institutionen könnten ihre Kapazitäten problemlos für Luzern zur Verfügung stellen. In der Antwort der Regierung wird erwähnt, dass die Abklärungen mit dem Zuger Labor gezeigt haben, dass ein Outsourcing betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll ist. Das mag so sein, deshalb sollte man unbedingt auch den privaten Benchmark analysieren. Es ist nicht mein Interesse, dass wir die Zuger subventionieren. Generell ist jedoch fast immer davon auszugehen, dass durch Überkapazitäten – und das ist in der Zentralschweiz der Fall – die Preise unter Druck kommen. Bevor wir investieren, sollten doch primär die bestehenden Kapazitäten ausgelastet werden. Ich denke dabei auch an private Dienstleistungsanbieter. Die Regierung schreibt weiter, dass die Distanz zwischen den Labordienstleistungsanbietern und dem Bürger oder dem Kunden vor allem im Ereignisfall zu gross wird. Ich bin der Meinung, dass es bei einer Wasserverunreinigung nicht relevant ist, ob die Wasserproben in Luzern, Zug, Brunnen oder Zürich untersucht werden. Wenn ich die Probe in einem Labor untersuchen lasse, welches im Schichtbetrieb geführt wird, erhalte ich die Resultate noch schneller. Aus eigener Erfahrung kann ich versichern, dass es betrieblich nicht relevant ist, ob die Produktproben in Landquart, Emmen, Bern oder sonst wo untersucht werden. Ich bin der Meinung, dass vor einem allfälligen Investitionsentscheid die Make-or-Buy-Frage nochmals umfassend geklärt werden muss.

Heidi Scherer: Die Antworten der Regierung auf die meiner Meinung nach berechtigten Fragen haben mich etwas überrascht. Es tönt für mich etwas abstrakt, dass der Kanton seit 50 Jahren mit den zentralschweizerischen Kantonen und dem Tessin in einem institutionalisierten Rahmen – was immer das auch heissen mag – zusammenarbeitet. Ist ein Ausbau oder allenfalls eine Intensivierung der Zusammenarbeit wirklich kein Thema? Es kann doch nicht sein, dass jetzt, wo eine Zusammenführung der Bereiche Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz evaluiert wird, die Frage nach Optimierung und Auslastung von bestehenden Laboren, auch wenn diese in Nachbarkantonen oder bei

privaten Institutionen sind, nicht ernsthaft in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen. Immerhin wird in der Antwort zu Frage 2 auf Investitionskosten von 11,2 Millionen Franken inklusive neues Labor hingewiesen. Die Nettokosten von jährlich rund 1 Million Franken allein für die Analytik können ernsthaft hinterfragt werden, wenn in einer zumutbaren Distanz, und das sind Brunnen oder Zug, Kapazitäten vorhanden sind. Laut der Antwort zu Frage 5 soll ein Outsourcing zu höheren Kosten führen. Warum das so sein soll, wird allerdings nicht erklärt. Ist die erneute Prüfung eines Outsourcings eine verpasste Chance für eine bessere interkantonale Zusammenarbeit und für eine bessere Auslastung bestehender Kapazitäten? Wir können das zu wenig beurteilen. Das Distanzargument können wir aber nur sehr beschränkt nachvollziehen.

Marianne Wimmer-Lötscher: Wir wissen, dass Zusammenlegungen und Auslagerungen von Dienststellen nicht immer den gewünschten Synergieeffekt bringen. Drittanbieter machen nur mit, wenn sie ein lukratives Geschäft wittern. Die Stellungnahme der Regierung ist für die SP-Fraktion mehrheitlich schlüssig. Die Nähe zu den Kunden, die schnelle Reaktionsfähigkeit und mitunter auch der Stellenerhalt sind für uns wichtige Argumente, um von einer Auslagerung abzusehen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Eine regionale oder gar nationale Zusammenarbeit der Schweizer Labore ist zwingend, da kein Labor in der Lage ist, alle Untersuchungen selber durchzuführen. Das ist auch bei uns in der Zentralschweiz so. Wir arbeiten mit den anderen Kantonen zusammen. Unsere Dienststelle hat einen Nettoaufwand von gut 1 Million Franken. Ich bin nicht bereit, Auslagerungen vorzunehmen und das Doppelte zu bezahlen. Diese Berechnungen haben wir nicht selber vorgenommen, sondern von einem spezialisierten Treuhandbüro erstellen lassen. Mir war es wichtig, die effektiven Kosten von einer neutralen Stelle berechnen zu lassen. Bevor wir weitere Investitionen tätigen, werden wir nochmals eine Berechnung vornehmen. Schlussendlich werden wir einen Beschluss fällen müssen. Ich nehme die Bemerkungen des Anfragenden gerne entgegen, bin aber nicht bereit, mehr finanzielle Mittel aufzuwenden.